

Technische Universität Braunschweig Institut für Sozialwissenschaft Politikwissenschaft Sommersemester 2007 23. April 2007	Staat: Institutionen
Demokratie in der BRD Staatstheoretische und institutionelle Grundlagen	1. Literatur 2. Fragen 3. Grundlagen 4. Einordnung 5. Arenen 6. Fragen
Priv.-Doz. Dr. Nils C. Bandelow Vorlesung: „Staat, Wirtschaft, Technik und Entscheidungsprozesse im politischen System“ www.nilsbandelow.de	

1. Literatur Spezielle Literaturempfehlungen zur heutigen Sitzung	Staat: Institutionen
Eberlein, Burkard/Grande, Edgar, 2003: Entscheidungsfindung und Konfliktlösung, in: Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C. (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse, München: Oldenbourg, 175-202. Rudzio, Wolfgang, 2006: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 197-225. Schmidt, Manfred G./Zohlnhöfer, Reimut, 2006: Rahmenbedingungen politischer Willensbildung seit 1949, in: Schmidt, Manfred G./Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): Regieren in der Bundesrepublik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 11-29. Steffani, Winfried 1983: Zur Unterscheidung parlamentarischer und präsidentieller Regierungssysteme, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 14/3, 390-401. Vowe, Gerhard, 1991: Technik im parlamentarischen Diskurs. Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zum Verhältnis von Technik und Politik. Habilitationsschrift, TU Darmstadt. Im Internet verfügbar: http://www.sowi.uni-duesseldorf.de/HHU/fakultaeten/phil/sowi/mewi/mewi1/publikationen/Dokumente/diskurs	1. Literatur 2. Fragen 3. Grundlagen 4. Einordnung 5. Arenen 6. Fragen

2. Fragen	Staat: Institutionen
<ul style="list-style-type: none"> Worin bestehen die besonderen normativen Grundlagen der bundesdeutschen Demokratie? Was macht ein gutes politisches System aus? Wie ist das deutsche politische System politikwissenschaftlich einzuordnen? Wo und wie werden wirtschafts- und technologiepolitische Entscheidungen getroffen? 	1. Literatur 2. Fragen 3. Grundlagen 4. Einordnung 5. Arenen 6. Fragen

3. Grundlagen	Staat: Institutionen
Was macht ein gutes politisches System aus?	1. Literatur 2. Fragen 3. Grundlagen 4. Einordnung 5. Arenen 6. Fragen

3. Grundlagen	Staat: Institutionen
Auswahl möglicher Kriterien aus der politikwissenschaftlichen Entscheidungstheorie:	1. Literatur 2. Fragen 3. Grundlagen 4. Einordnung 5. Arenen 6. Fragen
<ul style="list-style-type: none"> klare Regeln für klare Entscheidungen Legitimität/Akzeptanz bei der Bevölkerung Schutz von Minderheiten Möglichkeiten oppositioneller Eliten zu Einflussnahme innerhalb der gesetzten Regeln geringe "Entscheidungskosten" (z. B. schnelle Entscheidungen, wenn nötig) „gute“ Entscheidungen (Kriterien umstritten) 	

3. Grundlagen	Staat: Institutionen
Hierarchie (Beispiel: Verwaltung)	1. Literatur 2. Fragen 3. Grundlagen 4. Einordnung 5. Arenen 6. Fragen
Vorteile <ul style="list-style-type: none"> geringe Kosten schnelle klare Entscheidungen Probleme <ul style="list-style-type: none"> schnelle Revidierbarkeit (unzuverlässig) unklar, wer entscheiden soll ungewisse Gemeinwohlorientierung des Entscheiders unklare Legitimität, es bleibt daher oft ungewiss, ob Entscheidungen entsprechend dem Beschluss umgesetzt werden 	

3. Grundlagen Staat:
Institutionen

Konsens

(Beispiel: Verhältnis von Bundestag und Bundesrat)

Vorteile

- absolute Legitimität, da sich niemand unterwerfen muss
- gute Durchsetzbarkeit der Ergebnisse

Probleme

- hohe Entscheidungskosten
- Ungewissheit, ob überhaupt eine Entscheidung gefällt wird
- geringe Innovationsfähigkeit
- Ungeeignet bei Umverteilungsproblemen

1. Literatur

2. Fragen

3. Grundlagen

4. Einordnung

5. Arenen

6. Fragen

3. Grundlagen Staat:
Institutionen

Mehrheit

(Beispiel: Parteienkonkurrenz bei Wahlen)

Vorteile

- meist: klare Entscheidung (aber: Concordet-Arrow-Paradox)
- in modernen Gesellschaften meist große Legitimität

Probleme

- strukturelle Minderheiten (erkennen das Prinzip nicht an)
- fehlende Reversibilität von Entscheidungen

1. Literatur

2. Fragen

3. Grundlagen

4. Einordnung

5. Arenen

6. Fragen

3. Grundlagen

Das Condorcet-Arrow-Paradox

Angenommene Präferenzen von drei Parteien (X, Y, Z) zu drei alternativen politischen Optionen (A, B, C)

	Erste Präferenz	Zweite Präferenz	Dritte Präferenz
Partei X	A	B	C
Partei Y	B	C	A
Partei Z	C	A	B

- Zwischen A und B wird sich eine Mehrheit für A entscheiden (Parteien X und Z gegen Y)
- Zwischen B und C wird sich eine Mehrheit für B entscheiden (Parteien X und Y gegen Z)
- Zwischen A und C wird sich eine Mehrheit für C entscheiden (Parteien Y und Z gegen X)

3. Grundlagen Staat:
Institutionen

Los

(Beispiel: Entscheidungsverhalten von Koalitionsregierungen im Bundesrat (selten))

Vorteil

- wirklich gleiche Beteiligungschancen aller (daher nicht das Problem der Unterdrückung von Minderheiten wie bei Abstimmung/Mehrheitsprinzip)

Probleme

- Risiko, extreme Minderheitspositionen zur Entscheidung zu bringen
⇒ dann ist die Umsetzung sehr fraglich
- allgemein geringe Legitimität in modernen Gesellschaften

1. Literatur

2. Fragen

3. Grundlagen

4. Einordnung

5. Arenen

6. Fragen

4. Einordnung Staat:
Institutionen

Wie ist das deutsche politische System politikwissenschaftlich einzuordnen?

1. Literatur

2. Fragen

3. Grundlagen


4. Einordnung

5. Arenen

6. Fragen

4. Einordnung Staat:
Institutionen

Die drei Gewalten nach Montesquieu (1689-1755)



- *Exekutive Gewalt*: Monarch mit Vetorecht gegen Beschlüsse der Legislative
- *Legislative Gewalt*: Zwei Parlamentskammern (Adel und Volk) mit wechselseitigem Veto und einem Kontrollrecht gegenüber Exekutive
- *Judikative Gewalt*: Ober- und Unterhaus teilen sich die Rechtsprechung

1. Literatur

2. Fragen

3. Grundlagen

4. Einordnung

5. Arenen

6. Fragen

4. Einordnung Staat:
Institutionen

Freiheitlich-demokratische Grundordnung (FdGO)

Ist eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt

1. Literatur
2. Fragen
3. Grundlagen
- 4. Einordnung**
5. Arenen
6. Fragen

4. Einordnung Staat:
Institutionen

FdGO-Interpretation des Bundesverfassungsgerichts

Rechtsstaatsprinzip	Demokratieprinzip
<ul style="list-style-type: none"> • Menschenrechte, insbesondere Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, • Gewaltenteilung, • Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, • Unabhängigkeit der Gerichte 	<ul style="list-style-type: none"> • Volkssouveränität, • Verantwortlichkeit der Regierung, • Mehrparteienprinzip, • Chancengleichheit für alle politischen Parteien, • Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition

1. Literatur
2. Fragen
3. Grundlagen
- 4. Einordnung**
5. Arenen
6. Fragen

4. Einordnung Staat:
Institutionen

Parlamentarismus nach Winfried Steffani (im Gegensatz zu Präsidialismus)

primäres Merkmal:
verfassungsrechtliche (uneingeschränkte) politische begründete Abberufbarkeit der Regierung durch das Parlament;

1. Literatur
2. Fragen
3. Grundlagen
- 4. Einordnung**
5. Arenen
6. Fragen

4. Einordnung Staat:
Institutionen

Parlamentarismus nach Winfried Steffani (im Gegensatz zu Präsidialismus)

supplementäre Merkmale

- Recht der Parlamentsauflösung für Exekutive
- keine Einschränkung der Parlametherrschaft durch eine geschriebene Verfassung
- kein Verfassungsgericht
- kein (bei Steffani: kooperativer) Föderalismus
- Einkammersystem
- kein Inkompatibilitätsgebot von Regierungsmitgliedschaft und Parlamentsmitgliedschaft
- polarisierte Parteien/Parteienkonkurrenz

1. Literatur
2. Fragen
3. Grundlagen
- 4. Einordnung**
5. Arenen
6. Fragen

4. Einordnung Staat:
Institutionen

Gewaltenverschränkung in Deutschland

1. Literatur
2. Fragen
3. Grundlagen
- 4. Einordnung**
5. Arenen
6. Fragen

4. Einordnung Staat:
Institutionen

Funktionen des Deutschen Bundestags

- Wahl
- Gesetzgebung
- Kontrolle
- Artikulation
- Repräsentation

1. Literatur
2. Fragen
3. Grundlagen
- 4. Einordnung**
5. Arenen
6. Fragen

5. Arenen	Staat: Institutionen
Wo und wie werden wirtschafts- und technologpolitische Entscheidungen getroffen?	1. Literatur 2. Fragen 3. Grundlagen 4. Einordnung 5. Arenen 6. Fragen

5. Arenen	Staat: Institutionen
Entscheidungsarenen auf Bundesebene	1. Literatur 2. Fragen 3. Grundlagen 4. Einordnung 5. Arenen 6. Fragen
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Regierung ➤ Ministerialbürokratie ➤ Bundestag ➤ Bundesrat ➤ Gerichte ➤ Expertengremien ➤ Zivilgesellschaftliche Arenen 	

5. Arenen	Staat: Institutionen
Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages § 56	
Enquete-Kommission	
<p>(1) Zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe kann der Bundestag eine Enquete-Kommission einsetzen. Auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder ist er dazu verpflichtet. Der Antrag muss den Auftrag der Kommission bezeichnen.</p> <p>(2) Die Mitglieder der Kommission werden im Einvernehmen der Fraktionen benannt und vom Präsidenten berufen. Kann ein Einvernehmen nicht hergestellt werden, so benennen die Fraktionen die Mitglieder im Verhältnis ihrer Stärke. Die Mitgliederzahl der Kommission soll, mit Ausnahme der in Absatz 3 genannten Mitglieder der Fraktionen, neun nicht übersteigen.</p> <p>(3) Jede Fraktion kann ein Mitglied, auf Beschluss des Bundestages auch mehrere Mitglieder, in die Kommission entsenden.</p> <p>(4) Die Enquete-Kommission hat ihren Bericht so rechtzeitig vorzulegen, dass bis zum Ende der Wahlperiode eine Aussprache darüber im Bundestag stattfinden kann. Sofern ein abschließender Bericht nicht erstattet werden kann, ist ein Zwischenbericht vorzulegen, auf dessen Grundlage der Bundestag entscheidet, ob die Enquete-Kommission ihre Arbeit fortsetzen oder einstellen soll.</p>	1. Literatur 2. Fragen 3. Grundlagen 4. Einordnung 5. Arenen 6. Fragen

5. Arenen	Staat: Institutionen
Auswahl bisheriger Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags	
<ul style="list-style-type: none"> • Zukünftige Kernenergie-Politik • Neue Informations- und Kommunikationstechniken • Technikfolgenabschätzung • Chancen und Risiken der Gentechnologie • Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre • Demographischer Wandel • Schutz des Menschen und der Umwelt • Schutz der Erdatmosphäre • Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft • Globalisierung der Weltwirtschaft • Nachhaltige Energieversorgung 	1. Literatur 2. Fragen 3. Grundlagen 4. Einordnung 5. Arenen 6. Fragen

5. Arenen	Staat: Institutionen
Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags § 56a	
Technikfolgenanalysen	
<p>(1) Dem Ausschuss für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung obliegt es, Technikfolgenanalysen zu veranlassen und für den Deutschen Bundestag aufzubereiten und auszuwerten. Er kann mit der wissenschaftlichen Durchführung von Technikfolgenanalysen Institutionen außerhalb des Deutschen Bundestages beauftragen.</p> <p>(2) Der Ausschuss für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat Grundsätze über die Erstellung von Technikfolgenanalysen aufzustellen und diese Grundsätze zum Ausgangspunkt seiner Entscheidung im Einzelfall zu machen.</p>	1. Literatur 2. Fragen 3. Grundlagen 4. Einordnung 5. Arenen 6. Fragen

6. Fragen	Staat: Institutionen
Beispielfragen	
<p>Inwiefern ist das Mehrheitsprinzip im politischen System der Bundesrepublik Deutschland eingeschränkt?</p> <p>Erläutern Sie, inwiefern der Deutsche Bundestag zur Erfüllung seiner Funktionen technologischen Sachverstand benötigt.</p> <p>Welche Möglichkeiten hat der Deutsche Bundestag zur Integration von Expertenwissen in seine Entscheidungen?</p>	1. Literatur 2. Fragen 3. Grundlagen 4. Einordnung 5. Arenen 6. Fragen